

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FUER DEN ENERGIEARTIKEL

Presseausschuss, Postfach 5664, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 27. Juni 1990

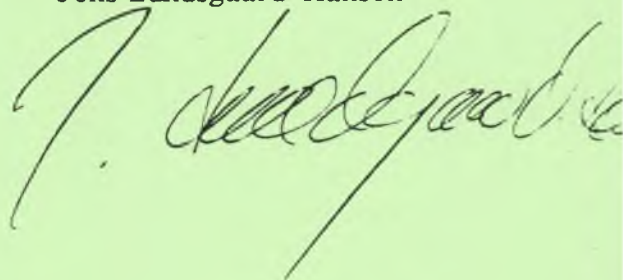
Sehr geehrte Damen und Herren

Kurz vor der politischen "Sommerpause" ist es schon wieder an der Zeit, auf die eidg. Volksabstimmungen des Herbstes hinzuweisen: neben den beiden Atominitiativen und dem Referendum gegen das Strassenverkehrsgesetz haben Volk und Stände am 22./23. September 1990 auch über einen Energieartikel in der Verfassung zu befinden. Bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben sich zum "Schweizerischen Aktionskomitee für den Energieartikel" zusammengeschlossen (Gründungscommuniqué und Komiteeliste liegen bei), um einer zukunftsweisenden Energiepolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Das Komitee wird Sie ab heute regelmässig mit einem Pressedienst beliefern, um Ihnen die Berichterstattung in den kommenden Monaten zu erleichtern. Die Artikel – heute u.a. von dipl. ing. Michael Kohn – stehen Ihnen selbstverständlich honorarfrei zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen

Bern, 15. Juni 1990

Communiqué zur Gründung des eidg. Aktionskomitees "für den Energieartikel":

GRUNDLAGE FUER SPARSAME ENERGIEVERWENDUNG

In Bern hat sich im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 23. September 1990 das eidg. Aktionskomitee "für den Energieartikel" gegründet. Nach Meinung des Komitees bildet der Energieartikel eine unverzichtbare Verfassungsgrundlage, um die Energiepolitik auf Bundesebene zu koordinieren und die sparsame Energieverwendung zu unterstützen. Dem Komitee, das von einem Co-Präsidium geleitet wird, gehören bis heute 100 National- und Ständeräte der FDP, CVP und SVP an.

100 National- und Ständeräte der bürgerlichen Parteien FDP, CVP, und SVP befürworten die Schaffung eines Energieartikels in der Bundesverfassung. Sie haben sich im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 23. September 1990 in Bern zum eidg. Aktionskomitee "für den Energieartikel" zusammengeschlossen, das von Ständerat Ernst Rüesch (FDP/SG) und den Nationalräten Jean-Philippe Maitre (CVP/GE) und Hans Rudolf Nebiker (SVP/BL) präsiert wird.

Nach Auffassung des Aktionskomitees ist Energie ein kostbares und knappes Gut, dessen Verwendung nicht einfach sich selbst überlassen werden kann. Das Komitee unterstützt deshalb den von den eidg. Räten verabschiedeten Energieartikel, um eine verfassungsmässige Grundlage für eine koordinierende Energiepolitik des Bundes zu schaffen. Wesentliches Ziel des Energieartikels ist es, eine ausreichende und umweltschonende Energieversorgung unseres Landes zu sichern und zur sparsamen Energieverwendung beizutragen. Durch den Energieartikel soll der Bund weiter die Kompetenz erhalten, Vorschriften für den Energieverbrauch von Fahrzeugen und Geräten erlassen und zukunftsweisende Projekte erneuerbarer Energien unterstützen zu können. Das Aktionskomitee stellt mit Befriedigung fest, dass der zur Abstimmung kommende Energieartikel auf massive Eingriffe des Bundes verzichtet, die Tarifhoheit von Kantonen und Gemeinden nicht berührt und die Zusammenarbeit mit den Kantonen in der Energiepolitik ausdrücklich festlegt.

Energieartikel: Weg durch die Mitte

Von Dipl.Ing. Michael Kohn, Zürich

Fahrt im Karussell?

Seit dem Erdölschock vom Oktober 1973 - also seit mehr als 16 Jahren - findet in der Schweiz auf unersprießliche Art das statt, was man "die Energiedebatte" nennt. Gesucht wird dabei in endlosen Diskussionen eine Energiepolitik. Im Telegrammstil zusammengefasst, besteht sie in der Erkenntnis, dass die Energieversorgung eine lebenswichtige Dienstleistung für Wirtschaft und Gesellschaft ist und daher ausreichend, wirtschaftlich und umweltschonend sein muss und dass zur Realisierung dieser Ziele Energie gespart, die Versorgung zur Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten diversifiziert und neue Energiequellen und -systeme erforscht werden müssen. Diese Postulate sind nach wie vor aktuell: Tschernobyl, die Smog-Alarme, der Treibhauseffekt, die Oelpreis-Baisse, der steigende Konsum und der weltweite Ressourcenverzehr haben sie voll bestätigt. Ueber die Ziele ist man sich einig. Ueber das Was herrscht Konsens. Die Differenzen beginnen beim Wie. Deshalb kommt die Energiepolitik fast nicht voran. Verfolgt man über die Jahre die Forderungen, Debatten und Argumente, so stellt man fest, dass sie sich wiederholen. Auch jetzt hört man dieselben Ansichten wie vor Jahren, als im Vorfeld der Abstimmung über den Energieartikel vom 27. Februar 1983 eifrig debattiert wurde. Die Energiepolitik dreht sich im Kreise. Fährt sie im Karussell?

Auf der Suche nach der Mitte

Will man in der Energiefrage vorankommen und vermeiden, dass sie auf Jahre paralysiert bleibt, so muss die Einsicht wachsen, dass eine Energiepolitik in den allgemeinen Konsens der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Ordnungspolitik eingebettet sein muss. Sie muss eine Balance suchen zwischen den Liberalen, welche auf den Markt und die Initiative der Wirtschaft setzen und den Interventionisten, die durch staatlichen Einfluss das Sparen forcieren und dem Um-

weltschutz in rigoroser Weise Nachdruck verleihen wollen; zwischen den Föderalisten, welche das Heil in kantonalen Aktivitäten sehen und den Etatisten, die unentwegt an die zentralstaatliche Machbarkeit glauben; zwischen den Anhängern der Elektrizität, die als Schlüsselenergie den industriellen Fortschritt der Schweiz gewährleisten soll und den Umweltschützern, die trotz der Gefahren der fossilen Nutzung die Elektrizität zurückbinden wollen, weil sie aus Kernkraftwerken stammt.

Der Schweizer Bürger ist aufgerufen, am 23. September dieses Jahres zum Text eines Energieartikels Stellung zu nehmen, der den Ausgleich im Parallelogramm der energiepolitischen Kräfte dieses Landes sucht.

Energieartikel - ja oder nein?

Man kann sich zwar fragen, ob es einen Energieartikel überhaupt braucht. Mit der Realisierung der genannten Postulate wurde begonnen. Und es ist einer kein Ewiggestriger, der die Meinung vertritt, die Energie- und Sparpolitik könne ohne neue Bundeskompetenzen auf der Basis der heutigen Rechtsgrundlagen, auf der Tätigkeit der Kantone, der Eigeninitiative der Wirtschaft und der Wirkung der Marktkräfte aufgebaut werden.

Die Frage ist nur, ob dies genügt. Um die Postulate einer modernen Energiepolitik auch nur annähernd zu erfüllen, ist der Weg lang. Ein Energieartikel, der ausgewogen ist, könnte die bekannten Postulate fördern, die Energiepolitik verstetigen, ohne dass dem staatlichen Interventionismus Tür und Tor geöffnet werden müssen. Jedenfalls würde ein Energieartikel dem im Zeitgeist liegenden Spargedanken verfassungsrechtlichen Ausdruck geben. Die Regelungsdichte im Energiesektor kann nach Tschernobyl, den Smog-Alarmen und mit Blick auf die Klimaprobleme und die Luftqualität nicht die gleiche sein, wie vor all diesen Vorkommnissen.

Kein Zweifel besteht darüber, dass ein Energieartikel nicht nur eine praktische, sondern auch eine politisch-psychologische Wirkung hätte. Ein Artikel von helvetischem Zuschnitt wäre gleichzeitig auch eine Barriere gegen weitergehende dirigistische Lösungen, die je nach energiepolitischer Grosswetterlage Einlass in unsere Verfassung suchen könnten. Da der vorliegende Energieartikel von etatistischem Ballast befreit wurde, kann ihm füglich zugestimmt werden!

Zuerst Grundlagen schaffen

Am Wochenende vom 23. September hat das Schweizervolk über die zukünftige Energiepolitik unseres Landes zu entscheiden. Neben den beiden Anti-Atominitiativen droht bei diesem Urnengang die dritte, nicht weniger wichtige Energie-Vorlage etwas ins Hintertreffen zu gelangen. Dabei sollte ausgerechnet der Energie-Artikel sehr sorgfältig behandelt und diskutiert werden.

Jede sinnvolle Politik braucht Grundlagen. Der Energie-Artikel soll diese Grundlagen im Bereich Energiepolitik schaffen. Dass der vorgelegte Artikel einigen zu weit, anderen zuwenig weit geht, ist verständlich und liegt im Wesen unserer Demokratie-Form, die in allen Bereichen ständig Kompromisse verlangt. Der Wunsch nach mehr oder weniger Inhalt könnte aber für die gesamte Energiepolitik fatale Auswirkungen haben. Sollte die Koalition der jeweiligen Gegner nämlich Erfolg haben und der Energie-Artikel abgelehnt werden, bliebe punkto Energiepolitik alles beim alten.

Der Energie-Artikel soll quasi die Leitplanken der Schweizer Energiepolitik bilden. Billigt der Stimmbürger diese Leitplanken nicht, droht auch der Energiepolitik ein mehr oder weniger wilder Zickzack-Kurs für die Zukunft. Nur wenn der Kurs aber gerade und klar ist, kann das anvisierte Ziel sicher und schnell erreicht werden. Deshalb sollte man nicht im Sinne von Kleinkrämern um hier ein bisschen mehr und da ein bisschen weniger feilschen, sondern im Interesse der gesamten Sache auch einmal über den eigenen Schatten springen, sprich dem Energie-Artikel zustimmen können.

Unsere schon angesprochene Demokratie arbeitet langsam. Im Falle von wichtigen Themen, wie die Energiepolitik nun mal eines davon ist, können wir es uns schlichtweg nicht leisten, noch mehr Sand ins Getriebe zu werfen. Sonst könnten wir bald einmal vor einem politischen Scherbenhaufen mehr stehen. Deshalb ist es wichtig, dass das Volk den Energie-Artikel am 23. September annimmt. Damit die zukünftige Energiepolitik auf einem soliden Fundament und nicht auf politischem Treibsand aufgebaut werden kann.

Matthias Stadelmann

Sicher, sparsam und umweltschonend

Von Jens Lundsgaard-Hansen, Pressechef SVP

Rund sieben Jahre sind vergangen, seit Volk und Stände zum ersten Mal über einen Energieartikel in der Verfassung abzustimmen hatten. Damals stimmte das Volk zu, eine knappe Mehrheit der Kantone lehnte jedoch ab. Am 23. September 1990 ist es wieder soweit: Bundesrat und Parlament unterbreiten dem Stimmvolk einen neuen Energieartikel. Er verdient Unterstützung.

Die Energieversorgung, so könnte man meinen, müsste kein Thema sein: wir haben die Steckdose, die Zapfsäule und auch die Telefonnummer des Heizölhändlers - die Energie kommt ja tatsächlich auch. Es versteht sich fast von selbst, dass dieses Bild nur mit extremer Kurzsichtigkeit so gezeichnet werden kann. Energie ist im Gegenteil der wohl kostbarste Rohstoff unserer modernen Welt. Was kostbar ist, ist auch knapp. Und im vorliegenden Fall zudem ein Kernpunkt der weltweiten Umweltproblematik.

Vor diesem Hintergrund ist die Notwendigkeit eines Verfassungsartikels zu sehen, der dem Bund die Kompetenz in die Hand gibt, überhaupt eine Energiepolitik zu entwerfen. Eine Politik wohlverstanden, die - so der sinngemässe Wortlaut des Artikels - ausdrücklich in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu entstehen hat. Es erstaunt deshalb nicht, dass die kantonalen Energiedirektoren mit überwältigender Mehrheit für diesen neuen Bundesartikel einstehen.

Was soll also die Energiepolitik auf Bundesebene, in Ergänzung zu den Kantonen?

Sie soll einmal zum übergeordneten Ziel haben, eine ausreichende, umweltschonende und sparsame Energieversorgung unseres Landes zu sichern - die entscheidenden Stichworte heissen also Versorgungssicherheit, Umwelt und sparsame Nutzung.

Die Energiepolitik des Bundes soll laut Artikel konkret dort zum Tragen kommen, wo es sie braucht: z.B. beim Erlass von Grundsätzen für die Kantone, um in der föderalistischen Schweiz breit gesteckte Leitplanken aufzustellen. Es braucht sie aber auch dort,

wo es um Vorschriften für den Energieverbrauch von Fahrzeugen, Geräten und Anlagen geht. Dort also, wo eine eigene und unter sich verschiedene Politik der Kantone in einem Bundesstaat mitten in Europa keinen Sinn machen kann.

Wo braucht es den Bund in der Energiepolitik auf der anderen Seite nicht?

Der vorliegende Verfassungsartikel spart zu Recht einige Gebiete aus: der Bund erhält z.B. keine Kompetenz, in die Tarifhoheit der Kantone und Gemeinden einzugreifen. Er erhält weiter keinen Blankoscheck für Subventionen und Detailsingriffe: er kann beispielweise nur dort finanzielle Geburtshilfe leisten, wo vielversprechende Pilotprojekte die sogenannten alternativen oder erneuerbaren Energien voranbringen sollen.

Die eidgenössischen Räte haben lange um die konkrete Formulierung dieses Verfassungsartikels gerungen. Doch die Hartnäckigkeit hat sich gelohnt. Der Energieartikel trägt der fundamentalen Bedeutung des Rohstoffes Energie Rechnung. Er erhebt die sichere, umweltschonende und sparsame Versorgung und Nutzung zum Verfassungsziel. Doch er hat die Schranken dort aufgebaut, wo Mittel zur Erreichung dieses Zieles über den Kopf von Kantonen und Gemeinden hätten eingesetzt werden können.

Mitglieder

Co-Präsidenten

Philippe Maitre, Nationalrat, CVP
Hans-Rudolf Nebiker, Nationalrat SVP
Ernst Rüesch, Ständerat FDP

Nationalrat

Felix Auer, FDP
Konrad Basler, SVP
Jean-Pierre Berger, SVP
Ulrich Blatter, CVP
Jean-Pierre Bonny, FDP
Simeon Bühler, SVP
Jakob Bürgi, CVP
Rolf Büttiker, FDP
Fulvio Caccia, CVP
Adriano Cavadini, FDP
Gianfranco Cotti, CVP
Pascal Couchepin, FDP
Susanne Daepf, SVP
Vital Darbellay, CVP
Eugen David, CVP
Elisabeth Déglise, CVP
Franz Dietrich, CVP
Rosmarie Dormann, CVP
Marcel Dubois, FDP
Dominique Ducret, CVP
Rolf Engler, CVP
Susi Eppenberger, FDP
Paul Fäh, FDP
Theo Fischer, CVP
Theo Fischer, SVP
Titus Giger, FDP
Mario P. Grassi, CVP
Peter Hänggi, CVP
Fritz Hari, SVP
Otto Hess, SVP
Peter Hess, CVP
Beda Humbel, CVP
Joseph Iten, CVP
Franz Jung, CVP
Anton Keller, CVP
Joseph Kühne, CVP
Willy Loretan, FDP
Paul Luder, SVP
Paul-René Martin, FDP
Lilly Nabholz, FDP
Hans-Rudolf Nebiker, SVP
Urs Nussbaumer, CVP
Monique Paccolat, CVP
Gilles Petitpierre, FDP

Jean-Nicolas Philipona, FDP
Theo Portmann, CVP
Maximilian Reimann, SVP
Bernard Rohrbasser, SVP
Paul Rutishauser, SVP
Albert Rüttimann, CVP
Albrecht Rychen, SVP
Peter Sager, SVP
Jean Savary, CVP
Pierre Savary, FDP
Urs Scheidegger, FDP
Paul Schmidhalter, CVP
Theo Schnider, CVP
Heinz Schwab, SVP
Eva Segmüller, CVP
Guy-Olivier Segond, FDP
Hanspeter Seiler, SVP
Rolf Seiler, CVP
Vreni Spoerry, FDP
Judith Stamm, CVP
Franz Steinegger, FDP
Gabriel Theubet, CVP
Christian Wanner, FDP
Hermann Wellauer, CVP
Hans Werner Widrig, CVP
William Wyss, SVP
Paul Zbinden, CVP
Elisabeth Zölch, SVP
Walter Zwingli, FDP

Ständerat

Max Affolter, FDP
Thierry Béguin, FDP
Robert Bühler, FDP
Anton Cottier, CVP
Hans Danioth, CVP
Edouard Delalaye, CVP
Alois Dobler, CVP
Arthur Hänsenberger, FDP
Hans Jörg Huber, CVP
Bruno Hunziker, FDP
Andreas Iten, FDP
Riccardo Jagmetti, FDP
Niklaus Kuchler, CVP
Josi Meier, CVP
Jean-François Roth, CVP
René Rhinow, FDP
Ernst Rüesch, FDP
Jakob Schönenberger, CVP
Bernhard Seiler, SVP
Rosmarie Simmen, CVP
Hans Uhlmann, SVP
Oswald Ziegler, CVP
Ulrich Zimmerli, SVP